

Befürworter des Seeuferwegs erwägen ein Referendum

SEEUFERWEG Mit einem neuen Paragraphen erhält das Grundeigentum der Seeanstösser zusätzlichen Schutz. So will es der Zürcher Kantonsrat. Das letzte Wort ist aber vielleicht noch nicht gesprochen.

Es sind schlechte Nachrichten für alle Befürworter des Seeuferwegs. Am Montag hat sich der Zürcher Kantonsrat in zweiter Lesung mit 93 zu 74 Stimmen für den zusätzlichen Schutz vom Grundeigentum der Seeanstösser ausgesprochen. Für den Seeuferweg darf somit grundsätzlich kein Land enteignet werden. Dies soll nur in Ausnahmefällen möglich sein, wenn eine andere Führung des Uferwegs nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand möglich ist.

Die Ratslinke stimmte zwar geschlossen gegen die sogenannte Initiative Vollenweider. Wie bereits in früheren Debatten setzte sich am Ende jedoch die bürgerliche Mehrheit durch. Diese sind der Ansicht, dass eine Sonderregelung für den Uferweg gerecht-

fertigt sei. Die Initianten Peter Vollenweider (FDP, Stäfa), Jürg Trachsel (SVP, Richterswil) und Philipp Kutter (CVP, Wädenswil) argumentieren damit, dass es einen Unterschied gebe, ob der Staat privates Land für eine Bahnlinie braucht oder für einen Wanderweg. Auch der Regierungsrat ist dieser Ansicht. Der gestrige Entscheid des Kantonsrates untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Ratslinke ist sich einig

«Wir werden die Ergreifung eines Referendums zusammen mit den anderen Parteien und Interessengruppen ernsthaft prüfen», sagt Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis) gegenüber der ZSZ. Die Bevorzugung der Seeanstösser im

Vergleich zu allen anderen Grundeigentümern bezeichnet er als stossend – der Schutz gilt nur für Uferwege, nicht aber für alle anderen Wanderwege.

Auch die SP und die Grünen wollen ein Referendum prüfen. Enttäuscht, wenn auch nicht überrascht, zeigte sich Davide Loss (SP, Adliswil) im Anschluss an die Abstimmung. «Die Initiative ist unnötig, weil der neue Gesetzesparagraph nichts ändert», sagt er. Schon heute sei man mit Enteignungen sehr zurückhaltend. «Was uns stört, ist das politische Zeichen, das der Kantonsrat mit der Annahme gesetzt hat.»

Laut Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) sind Ausnahmefälle vorprogrammiert, weil ein Uferweg per Definition dem Ufer entlang zu führen hat. «Den Grünen geht es darum, Erholungsräume am Zürichsee zu stärken», sagt er. Gerade im Sommer seien die frei zugänglichen Uferabschnit-

te stark beansprucht. Mit einem Uferweg könnten bestehende Stücke verbunden und so neuer Erholungsraum geschaffen werden.

Die GLP-Fraktion stimmt ebenfalls gegen die Gesetzesänderung. «Der neue Paragraph ist unnötig, es braucht keine Spezialbehandlung der Seeanstösser gegenüber anderen Grundeigentümern», sagt Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon). An dieser Position halte man weiterhin fest. Von sich aus will die GLP aber kein Referendum ergreifen.

Verschiedene Möglichkeiten

Julia Gerber Rüegg vom Verein «Ja zum Seeuferweg» moniert die politische Entwicklung der letzten Monate. Ende Mai teilte der Regierungsrat mit, dass es sich beim Kostenanteil, den die Gemeinden zum Seeuferweg beitragen sollen, nicht um gebundene Ausgaben handle. Das Volk kann

also über jeden einzelnen Abschnitt abstimmen. Die Befürworter des Seeuferwegs sind überzeugt, dass solche Abstimmungen neue Hürden sind, die es nochmals erschweren, das Projekt voranzubringen. «Mit dem heutigen Entscheid des Kantonsrates und der Aussage des Regierungsrates zum Gemeindebeitrag wird der Wille der Initianten untergraben», sagt Gerber Rüegg. 2011 hätten diese ihre beiden Initiativen für einen Seeuferweg zurückgezogen, weil der Kanton diesen habe bauen und finanzieren wollen.

Gerber Rüegg zeigt sich weiterhin kämpferisch. «Es gibt verschiedene Möglichkeiten – darunter auch ein Referendum –, die wir nun prüfen werden», sagt sie. Genauer lässt sie sich nicht in die Karten blicken, nur so viel: «Für einen Seeuferweg braucht es zwar einen langen Atem, aber das Vorhaben ist keineswegs gescheitert.»

Linda Koponen

Leserbriefe

«Sportanlage gehört den Mitarbeitern»

Zu «Swiss Re schliesst ihre Sportanlage in Adliswil»

Ausgabe vom 16. Juni

Nach der UBS nun die Swiss Re. Auch damals – im Frühherbst 2012 – löste der Entscheid der UBS-Geschäftsleitung, sich von einer der schönsten Sport- und Freizeitanlagen weit und breit, wenn nicht garschweizweit – dem Guggach oberhalb der Buchegg in Zürich –, zu trennen, Entsetzen und Entrüstung aus. Und wie damals sind die Gründe heute fast dieselben. Es ist ein Hohn, den Betroffenen und der Bevölkerung weiszumachen, dass den Angestellten und Pensionierten sowie ihren Familien heute viele und teils bessere Alternativen zur Verfügung stehen. Es geht um viel mehr, als sich nun neu in einem anonymen Fitnessraum sportlich zu betätigen.

Swiss Re verkennt, dass ihre Sportanlage, wenn nicht rechtlich, so zumindest moralisch den Mitarbeitenden gehört. Das Areal wurde seinerzeit erstanden mit dem Ziel, dieses dem Personal zur sportlichen Ertüchtigung zur Verfügung zu stellen. Es gehört zur Kernkompetenz eines renommierten Unternehmens, dafür zu sorgen, dass sich die Mitarbeitenden wohlfühlen. Das ist allein schon der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers geschuldet. Die Schweiz gilt als Land mit den meisten Vereinen. Die Gesellschaft wird getragen durch die Familien und die Vereine. Vereine haben eine sozial wichtige Aufgabe. Sie geben vielen Menschen Halt, Kameradschaft und positive Erlebnisse. Diesen firmeneigenen Vereinen droht nun das Aus, wenn sie ihre Heimbasis verlieren. Eine Sport- und Freizeitanlage ist ein Ort und Hort, wo nicht nur eine grosse Anzahl aktiver Mitarbeiter, sondern auch viele Pensionierte durch regelmässigen Austausch mit Ex-Kollegen in ihrer nicht selten vereinsamten Lebenssituation neue Kraft und Stärkung, sowohl physisch als psychisch, holen können. Und nicht zuletzt ist sie ein Betrag gegen eine zunehmende Individualisierung der Gesellschaft.

Selbst über 1300 Unterschriften zur Rettung des damaligen Guggachs konnten die Geschäftsleitung in ihrem renditegetriebenen Treiben nicht bremsen. Heute ist der Guggach überbaut, ein weiterer zentrumsnaher Grünraum der Stadt unwiederbringlich verschwunden. So dürfte es leider auch der Anlage des Rückversicherers ergehen, wenn Unternehmensprofit und Dividende höher eingestuft werden als das Wohl der Belegschaft.

Erich Michel, Thalwil



Erholungsräume am Zürichsee: Mit dem Entscheid des Zürcher Kantonsrates hat das Projekt Seeuferweg einen weiteren Dämpfer erhalten.

Foto: Manuela Matt

Alte Bauabrechnungen geben zu reden

WÄDENSWIL Der Gemeinderat hat die Rechnung 2017 und den Geschäftsbericht gutgeheissen. Zu reden gaben alte Bauabrechnungen.

Nach über einstündiger Diskussion hat das Parlament gestern die Jahresrechnung 2017 und den Geschäftsbericht der Stadt Wädenswil einstimmig angenommen. Die Rechnung schliesst fast 6 Millionen Franken besser ab als budgetiert. «Glück gehabt», sagte Gemeinderat Angelo Minutella. So verschönerte unter anderem die Rückzahlung von Quellensteuern durch den Kanton das Ergebnis. Nächstes Jahr könne man mit diesem Effekt noch rechnen, ergänzte Christian Gross (SP). Dann habe der Kanton die Pendenzen aber abgebaut.

Auf der Kostenseite bereitet der Präsidentin der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK), Christina Zurfluh (SVP), der Bildungsbereich Sorgen. Die Digitalisierung in der Schule schreite voran, die Kosten stiegen. «Ich hoffe, dass nicht endlos Geräte angeschafft werden, nur weil das Budget gesprochen wurde», mahnte sie.

Gemeinderätin Rita Hug (Grüne) kam auf umstrittene Budgetkürzungen in den Bereichen Schulsozialarbeit und Begabungsförderung zu sprechen, welche das Parlament im Dezember 2016 beschlossen hatte, und bezeichnete sie als willkürlich und unglücklich. Sie warnte vor weiteren Kürzungen. Finanzvorstand Walter Münch (FDP) sagte, der Stadtrat

sei zufrieden, dass der städtische Haushalt stabilisiert werden konnte. Er wolle den eingeschlagenen Weg fortsetzen, mit den Mitteln haushälterisch umgehen und die nötigen Investitionen tätigen bei einem stabilen Steuerfuss.

Verspätete Bauabrechnungen

Bauabrechnungen werden üblicherweise mehr oder weniger durchgewinkt. Im Parlament lösten aber drei Bauabrechnungen im Zusammenhang mit dem Frohmatt-Umbau und der Stadtbibliothek Kritik aus. Beide Vorhaben sind seit vielen Jahren abgeschlossen. GRPK-Präsidentin Christina Zurfluh bemängelte, dass es über zehn Jahre dauerte, bis die Unterlagen geprüft werden konnten. Sie hielt dem Stadtrat Beratungsresistenz vor und

kritisierte die Zusammensetzung der Baukommission.

GRPK-Mitglied Lukas Wiederkehr (CVP) monierte, man habe nicht überprüfen können, ob der Submissionsleitfaden eingehalten wurde. «Man kann es nicht mehr nachvollziehen», sagte er. Denn es fehlten die Unterlagen. «Wir waren erstaunt über den Prozess und erwarten eine Kontrollinstanz, die zu einem früheren Zeitpunkt einsetzt», sagte er. Die GRPK behalte sich vor, einen Vorstoss einzureichen.

Stadtpäsident Philipp Kutter (CVP) wies den Vorwurf der Beratungsresistenz zurück. «An Beratern hat es nicht gemangelt.» Vor allem die Abrechnungen zur Frohmatt seien nicht erfreulich, das verstehe er. Die Idee, einen Totalunternehmer-Wett-

bewerb durchzuführen, habe sich als falscher Weg erwiesen. Die Frohmatt sei aber ein heilsames Projekt gewesen und die Stadt habe beispielsweise beim Schulhausbau Rotweg von den Erfahrungen profitieren können. Bezüglich den Arbeitsvergaben könne er versichern, dass sie gemäss Leitfaden abgelaufen seien.

Beim Frohmatt-Wettbewerb, der vergebens durchgeführt wurde und schon vor zehn Jahren politische Debatten auslöste, verlor die Stadt 600 000 Franken. Der Projektierungskredit für den Frohmatt-Umbau wurde um 280 000 Franken, der Kredit für den Umbau der Stadtbibliothek um 100 000 Franken überschritten. Der Gemeinderat genehmigte die Abrechnungen mit grossem Mehr.

Daniela Haag

Anlässe

WÄDENSWIL Sommerfest im Stadthausgarten

Das Essbare Wädenswil feiert am Freitag, 22. Juni, sein erstes Sommerfest. Die Gruppe Essbare ist Teil des Vereins Transition und setzt sich für Biodiversität auf städtischen Grünflächen ein. Am Freitag gibt ein Workshop Einblick ins «alternative Ernten». «Sanftmut» sorgt für musikalische Unterhaltung und ein Grill steht bereit. red

Freitag, 22. Juni, ab 17 Uhr, Stadthausgarten, Floraweg, Wädenswil. Weitere Infos unter www.transition-waedenswil.ch.